Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/831
21.11.2019

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

44. Sitzung (öffentlich)

21. November 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

Die Fraktionen haben sich im Vorfeld der Sitzung darauf verständigt, in Fraktionsstärke abzustimmen.

1 Sachstand im Fall Lügde und Impulspapier des MKFFI zur Diskussion von Maßnahmen **8**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1887
Vorlage 17/2047
Vorlage 17/2275
Vorlage 17/2297
Vorlage 17/2679

– Wortbeiträge

2 Einsetzung eines Unterausschusses „Kinderschutzkommission des AFKJ“ gemäß § 48 Abs. 2 GO LT 9

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7756

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt der Einsetzung einer Kinderschutzkommission als Unterausschuss des AFKJ mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

3 Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung 10

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6726 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7922

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7923

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6838

Ausschussprotokoll 17/753 (Anhörung vom 30. September 2019)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt folgenden durch Jens Kamieth (CDU) im Namen der Fraktionen von CDU und FDP beantragten redaktionellen Änderungen des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu:

1. Zu Beginn des Gesetzentwurfs wird die Überschrift „Artikel 1“ ergänzt,

2. in § 45 Abs. 1 Satz 5 wird unter dem ersten Aufzählungspunkt die Formulierung „zum Stichtag 1“ entfernt,
3. in § 45 Abs. 1 Satz 5 wird unter dem zweiten Aufzählungspunkt die Formulierung „zum Stichtag 1“ zwischen den Wörtern „Sozialgesetzbuch“ und „März“ eingefügt.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/7922 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD ab.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/7923 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf Drucksache 17/6726 in der entsprechend den vorherigen Abstimmungsergebnissen geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

4 Gesetz zur Änderung des Präimplantationsdiagnostikgesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen 36

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6682

Ausschussprotokoll 17/780 (Anhörung vom 30. Oktober 2019)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf Drucksache 17/6682 mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

5 Intersexuelle Menschen nicht länger pathologisieren 37

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3027

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7867

Ausschussprotokoll 17/510 (Anhörung vom 17. Januar 2019)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

– mündlicher Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/3027 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss stimmt dem Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/7867 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu.

6 Wie will die Landesregierung flexible und bedarfsgerechte Betreuungsangebote sicherstellen? *(Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage 1])* **41**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2658
Vorlage 17/2737

– keine Wortbeiträge

7 Original Play *(Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage 2])* **42**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

8 Verschiedenes **43**

– keine Wortbeiträge

* * *

3 Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6726 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7922

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7923

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6838

Ausschussprotokoll 17/753 (Anhörung vom 30. September 2019)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend –, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 10. Juli 2019; Zustimmung durch AHKBW, und HFA; AWEL und AGS votieren nicht.)

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Ich weise darauf hin, dass der Entschließungsantrag im Plenum beraten werden soll.

Ich will außerdem darauf hinweisen, dass wir das Thema inhaltlich schon sehr intensiv in der letzten Sitzung beleuchtet haben. Auch die unterschiedlichen historischen Interpretationen haben wir gehört. Ich denke, wir können uns jetzt wirklich auf die Änderungsanträge und deren Inhalt konzentrieren.

Gibt es Wortmeldungen?

Jens Kamieth (CDU): Ich habe etwas gezögert, mich zu Wort zu melden, weil ich dachte, dass die Opposition vielleicht Interesse hätte, ihren Änderungsantrag vorzustellen, weil er der jüngste ist.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Eigentlich ist er etwas älter als eurer!)

Vielleicht gibt es da ja noch Erläuterungsbedarf. Dem will ich nicht vorgreifen.

Ich will aber nicht versäumen, zunächst noch einen ergänzenden Änderungsantrag zu formulieren. Und zwar ist aufgefallen – herzlichen Dank für den Hinweis an den Landtagspräsidenten –, dass es, offensichtlich der EDV geschuldet, wo man schnell mal etwas hin und her schieben kann, noch redaktionellen Änderungsbedarf gibt.

Der erste Punkt ist: Am Anfang des Gesetzentwurfs soll die Überschrift „Artikel 1“ eingesetzt werden. Da ist etwas verloren gegangen. Zweitens gibt es Änderungsbedarf in § 45 Abs. 1 Satz 5. Da ist die Formulierung „zum Stichtag 1“ verschoben worden. In der zweiten Aufzählung des Absatzes sollen also unter 1. die Worte „zum Stichtag 1“ entfernt werden und unter 2. zwischen den Worten „Sozialgesetzbuch“ und „März“ wieder eingesetzt werden. Es ist also eine kleine redaktionelle Änderung.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Die wir jetzt alle verstanden haben?)

– Ich kann das auch gerne zu Protokoll geben.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Mir liegt es auch vor.

Jens Kamieth (CDU): Es liegt vor, und ich denke, es ist durchaus nachvollziehbar, wenn man sich den Paragrafen ansieht. Wenn man es liest, sieht man, wo der Fehler liegt.

Ansonsten ist im Prinzip in der letzten Sitzung alles gesagt worden. Wir haben ausgewertet, und die CDU hat durch einen Änderungsantrag darauf reagiert. Wir kommen darin insbesondere den berechtigten Forderungen der Erzieherinnen und Erzieher nach, was die Schließungstage und die Flexibilisierung betrifft. Ich verweise hier auf den Antrag, wir können aber auch gerne noch im Detail dazu einsteigen.

Weil ein politischer Mitbewerber das natürlich auch gerne macht, möchte ich aber einmal auf die Bundesfamilienministerin verweisen. Ich will das gerne in wörtlicher Rede tun. Franziska Giffey hat am Dienstag hier bei uns erklärt:

> „Nordrhein-Westfalen hat sich für ein starkes Maßnahmenpaket entschieden, das die Qualität der Betreuung verbessert und zugleich die Beitragsfreiheit ausweitet. Das bedeutet eine enorme Entlastung für Familien und garantiert mehr als einer halben Million Kindern beste Bildung von Anfang an.“

Es ist also ein starkes Maßnahmenpaket.

Ich wiederhole noch einmal den Dank an alle Beteiligten. Lieber Herr Minister Stamp, geben Sie diesen Dank bitte auch an Ihr Haus weiter. Es war eine gute Zusammenarbeit mit vielen Aktivitäten, Werkstattgesprächen usw.

Ich will es dabei für den ersten Aufschlag bewenden lassen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vorab: Welcher Antrag jünger oder älter ist, klärt in der Regel die Drucksachennummer.

Ich will aber auf die letzten Ausführungen eingehen. In der Tat: Das, was das Gute-KiTa-Gesetz für Nordrhein-Westfalen gebracht hat, ist das einzig Gute an diesem uns heute vorliegenden Paket.

(Minister Dr. Joachim Stamp [MKFFI]: Das sieht ja selbst Ihre Ministerin anders! Das ist doch absurd!)

– Ich kann ja verstehen, dass der Minister da ein bisschen aufgeregt ist. Denn beispielsweise zum Thema „Beitragsfreiheit“ hat diese Landesregierung keinen Cent beigetragen. Und auch zu den anderen Punkten, die Franziska Giffey aufgeführt hat, hat diese Landesregierung keinen Cent beigetragen.

Dass Franziska Giffey lobt, was die SPD auf Bundesebene durchgesetzt hat und was hier nun an punktuellen Verbesserungen möglich ist, halte ich für wenig überraschend. Deswegen konnte ich gut nachvollziehen, Herr Kamieth, dass Ihre Kolleginnen, die bei der Unterzeichnung dabei waren, sich gerne mit Franziska Giffey ablichten lassen haben. Ich nehme an, wenn Sie Zeit gefunden hätten, hätten Sie an diesem Fototermin auch sehr gerne teilgenommen.

Steigen wir etwas stärker ins Thema ein. Ich bin, gelinde gesagt, überrascht über den Änderungsantrag von CDU und FDP. Er ist nun auch nicht mit besonders großer Inbrunst vorgetragen worden, und es hat mich in der Tat überrascht und auch ein bisschen ratlos zurückgelassen, dass dieser Änderungsantrag die Reaktion darauf sein soll, was die Anhörung uns an Änderungsnotwendigkeiten ins Stammbuch geschrieben hat. Dieser Änderungsantrag soll das bieten? – Ich denke, das glauben Sie noch nicht einmal selbst.

Sie gehen darauf ein, dass jetzt die Anzahl der Schließtage nicht auf 25, sondern auf 27 reduziert wird und dass die Kommunen nicht bei 50 Stunden, sondern schon bei 47 Stunden Betreuungs- bzw. Öffnungszeit der Kitas die Möglichkeit einer Bezuschussung erhalten sollen. Da kann ich nur sagen: In der allergrößten Not ist der Mittelweg der Tod. Das ist wirklich ein halbgarer Kompromiss, den Sie uns da vorlegen. Er geht nun wirklich nicht auf die Bedarfe ein; denn bei der Idee hat sich jeder gefragt, warum da auf einmal 50 Stunden Betreuungszeit stehen und wo eigentlich diese fünf Stunden geblieben sind.

Nun machen Sie aus den fünf Stunden Differenz drei Stunden, und das soll dann die Verbesserung sein, die Sie aus der Anhörung mitgenommen haben? – Ich glaube, da haben Sie entweder nicht richtig zugehört oder durften das, was Sie an Erkenntnissen gewonnen haben, nicht wirklich in diesem Gesetz umsetzen.

Wir hören vonseiten der freien Träger – jüngst noch in der „Rheinischen Post“ bestätigt –, dass dieses Gesetz dazu führen wird, dass wir Träger verlieren werden. Wir werden Träger verlieren, weil immer noch nicht auskömmlich finanziert ist und weil Sie mit der Trägerseite offensichtlich noch nicht einmal den Versuch unternommen haben, zu einer gemeinsamen Verständigung dazu zu kommen, wie hoch die realen Kosten im System sind. Anders kann ich mir nicht erklären, wie derart unterschiedliche Interpretationen beispielsweise bei den Sachkosten entstehen können.

Wir haben ja in der letzten Ausschusssitzung von Herrn Bothe gehört, dass Sie nicht so recht wissen, ob es an der Stelle eine Lücke gibt und, wenn ja, wie groß sie ist. Da muss man sich doch wünschen, dass Sie wenigstens in einem Änderungsantrag auf diese Fragen eingehen.

Wir haben das gemacht. Als Opposition reichen wir nun der Landesregierung die Hand. – Das hat der Minister ja auch gemacht, als Franziska Giffey da war. Er hat sich gewünscht, dass wir zustimmen, und jetzt geben wir Ihnen die Möglichkeit, den Weg dafür zu ebnen, dass wir zustimmen können.

Das größte Problem dieses Gesetzes und wohl auch die größte Enttäuschung in der Fachwelt ist, dass der Systemwechsel immer noch nicht gelungen ist. Wenn man der CDU zuhört, ist ein Systemwechsel auch gar nicht nötig, weil die KiBiz-Struktur mit den Kindpauschalen an sich etwas ganz Tolles und Erstrebenswertes sei. Ich kann zwar verstehen, dass Sie dem amtierenden Ministerpräsidenten nicht öffentlich erklären wollen, dass er damals eine falsche Weichenstellung in der Kitapolitik vorgenommen hat, aber wir können doch den Diskussionsprozess der letzten Jahre nicht damit beschließen, dass wir einfach mit dem Status quo weitermachen und das ganze System fortsetzen.

(Zuruf von Jörn Freynick [FDP])

Nein, wir brauchen eine Änderung hin zu einer Sockelfinanzierung, die eben mehr Qualität und mehr Planungssicherheit bedeutet. Dann müssten Sie auch nicht mit 45, 47 oder 50 Stunden am System herumdoktern, sondern damit wäre deutlich mehr Qualität und Planungssicherheit für die Träger möglich.

Wir haben gehört, dass die Gefahr groß ist, dass wir Träger verlieren. Das haben wir nicht nur in der „Rheinischen Post“ von Frau Siemens-Weibring lesen können, sondern wir haben sogar vom Erzbistum Paderborn gehört, dass diese Gefahr besteht. Wenn einer der größten Trägerverbünde in unserem Land so etwas sagt, sollte man diese Kritik auch ernst nehmen. Deshalb geht es auch darum, wie wir die Träger entlasten können. Wir haben einen Vorschlag gemacht, wie die Trägeranteile gesenkt werden können.

Wir wollen nicht mehr und nicht weniger, als dass die Landesregierung mit einem Gesetz die Realität in diesem Land abbildet. Da kann man sich nicht hinstellen und sagen: Um dieses Gesetz auskömmlich zu gestalten und die Trägervielfalt zu erhalten, überlassen wir es den Kommunen, und dann können die Kämmerer es aus ihrer Kasse bezahlen. – Nein, wir wissen, wie groß die realen Trägeranteile sind. Die Landesregierung hat uns in der Antwort auf eine Große Anfrage bestätigt, wie es in der Landschaft in NRW aussieht. Das muss man dann auch entsprechend abbilden, und das bedeutet eine Senkung der Trägeranteile für kirchliche Träger, eine Senkung der Trägeranteile für die weiteren Träger und eine Senkung der Trägeranteile für die familiengeführten Einrichtungen und Elterninitiativen. Das brauchen wir, um das System aufrechterhalten zu können.

Es wurde eingangs schon erwähnt: Franziska Giffey freut sich darüber, dass Bundesmittel für ein weiteres beitragsfreies Kitajahr gesorgt haben. Aber wir bräuchten in der Tat auch Anstrengungen dieser Landesregierung und Anstrengungen in diesem Landeshaushalt. Dann wären Beitragsfreiheit und Bildungsgerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen möglich. Diese Punkte stellen wir Ihnen heute zur Abstimmung. Das wäre eine Weichenstellung dafür, dass die frühkindliche Bildung in Nordrhein-Westfalen wirklich vorankommt.

(Beifall von der SPD)

Marcel Hafke (FDP): Ich möchte der SPD und Dennis Maelzer recht herzlich gratulieren. Zumindest ist Ihnen nach zweieinhalb Jahren Oppositionsarbeit mehr gelungen als Ministerin Kampmann innerhalb von zwei Jahren. Sie haben zumindest mal einen Vorschlag dazu unterbreitet, was Sie sich vorstellen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Der liegt seit ungefähr einem Jahr vor!)

– Das wird heute zum ersten Mal parlamentarisch beraten. Ich finde es zumindest schön, dass die SPD sich da auch mal Gedanken gemacht und etwas aufgeschrieben hat und nicht nur einfach etwas aus der Hüfte schießt. – Wobei: Es war doch ein bisschen aus der Hüfte geschossen; denn meinem Eindruck nach – und so haben Sie es eben auch erklärt – ist das alles nicht mit Daten und Fakten hinterlegt. Mich hätte zum Beispiel mal interessiert, wie man denn jetzt auf die Trägeranteile kommt.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das habe ich doch eben erklärt!)

Hat man ein bisschen gewürfelt und 500 Millionen Euro für eine angebliche Sockelfinanzierung veranschlagt?

Der Änderungsantrag beschreibt auch keine Systemumstellung im KiBiz, sondern gibt nur 500 Millionen Euro zusätzlich hinein. Und es wird auch nicht begründet, warum es 500 Millionen Euro sein sollen. Warum sind es nicht 400 Millionen Euro oder 600 Millionen Euro? Und beim Thema „Beitragsfreiheit“ machen Sie sich noch nicht einmal mehr die Mühe, zu beziffern, über welche Größenordnungen wir sprechen.

Mich würde jetzt eigentlich mal interessieren, ob die SPD in der Lage ist, auch Haushaltsänderungsanträge in diesem Volumen zu stellen, damit wir wissen, über welche Beträge wir sprechen. Nach meinem Bauchgefühl ist es so: Zu den 500 Millionen Euro zähle ich die Beitragsfreiheit und damit 600 Millionen bis 700 Millionen Euro zusätzlich dazu. Hinzu kommt die Absenkung der Trägeranteile. Das sind noch einmal 150 Millionen Euro. Dann sprechen wir wahrscheinlich über 1,4 Milliarden Euro, die die SPD-Fraktion auf den Weg bringen will.

Wir sind dann wieder auf dem Niveau, auf dem Norbert Walter-Borjans immer unterwegs war: Wir sind bei verfassungswidrigen Haushalten. Da kennt sich die SPD ja aus. Das kann man in diesem Land nicht so machen; denn ich habe den Ausschuss für Kinder und Jugendliche immer so verstanden, dass wir Verantwortung für nachfolgende Generationen haben. Die SPD hat das jahrzehntelang nicht ganz so ernst genommen.

Das hat unter anderem dazu geführt, dass wir in diesem Land unter anderem im KiBiz-System massive finanzielle Probleme haben. Wir haben nicht die Möglichkeit, die Reformen zu machen, die wir machen müssten, weil die SPD seit Jahrzehnten über die Verhältnisse gelebt hat.

Deswegen ist es meiner Meinung nach extrem unseriös und auch recht populistisch,

(Frank Müller [SPD]: Linkspopulistisch!)

etwas in dieser Form auf den Weg zu bringen. Sie hätten sich zumindest die Mühe machen können, einen ernsthaften Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen. Das haben

Sie sieben Jahre lang in der Regierungszeit nicht geschafft. Sie hätten jetzt die zweieinhalb Jahre in der Opposition nutzen können, um einen ernsthaften Vorschlag zu machen, wie so ein Gesetz aussehen sollte. Aber anscheinend hat es da auch an allem gefehlt.

Ich nehme das zur Kenntnis und gratuliere, dass Sie überhaupt etwas aufgeschrieben haben. Das ist mehr als das nicht vorhandene Eckpunktepapier der ehemaligen Ministerin Kampmann.

Ich will jetzt aber noch einmal sagen, wie man versuchen kann, so etwas in Realpolitik umzumünzen. Wir haben gesagt, dass wir machen werden, was möglich ist. Wir investieren mit 1,3 Milliarden Euro so viel, wie seit der Einführung des KiBiz nicht investiert wurde. Das ist vollkommen richtig so. Und wir haben auch nie einen Hehl daraus gemacht, dass der Bund sich daran beteiligt. Das hat der Minister vorgestern noch klargemacht.

Frau Ministerin Giffey musste aber auch einräumen, dass es sich um eine zeitlich begrenzte Förderung handelt. Sie ist auf 2022 begrenzt. Sie hat klargemacht, dass es nur eine Absichtserklärung ist, darüber hinaus zu finanzieren. Seriöse Politik wäre es, jetzt in der Bundesregierung eine Verabredung herzustellen, um sagen zu können, mit wie vielen Millionen Euro das Land Nordrhein-Westfalen nach 2022 planen kann.

Nur, weil jetzt für dreieinhalb Jahre etwas eingestellt wird, entlässt das ja das Land nicht aus der Verantwortung. Wir haben gesagt, dass wir dafür, dass dieses beitragsfreie Jahr dauerhaft finanziert werden kann, im Zweifelsfall in die Haftung gehen werden; denn es kann ja sein, dass Ministerin Giffey zu dem Zeitpunkt gar nicht mehr in der Regierung ist und das Land dann alles übernehmen muss. Das werden wir auch machen; diese Zusage des Finanzministers gibt es. Ich würde daher empfehlen, hier nicht etwas abzufeiern, was so schön gar nicht ist. Aber das muss die SPD natürlich für sich selbst wissen.

Es ist eine Anschubfinanzierung. Das ist richtig und gut, und so machen wir es auch, wie auch der Bund es seit vielen Jahren in verschiedensten Maßnahmen immer wieder macht. So war es auch bei der U3-Finanzierung, so war es beim Thema „Investitionsmittel“ usw. Dahinter standen immer wieder nette Anschubfinanzierungen, aber letztendlich müssen die Länder es immer selbst stemmen, weil der Bund sich aus der Verantwortung zieht. Es wäre eine Überraschung, wenn Frau Giffey das nun tatsächlich irgendwann ändert.

Außerdem: Der Rest wird ausschließlich von den Kommunen und vom Land bezahlt. Die Eltern werden nicht zusätzlich belastet; alle anderen Mittel kommen von den Kommunen und vom Land. Von daher ist es unredlich, zu behaupten, dass Land würde hier nichts tun. Ganz im Gegenteil: So viel Geld, wie jetzt zusätzlich eingestellt wird, gab es in dieser Form noch nicht.

Wir nehmen natürlich das, was in der Anhörung und auch in persönlichen Gesprächen an Sorgen und Ängsten geäußert wurde, sehr ernst. Wir haben aber auch gesagt, dass wir nicht all das, was an Problemen vorliegt, in einem Rutsch lösen können.

Wir werden nun erst einmal für eine auskömmliche Finanzierung sorgen. Sie wird mit dem Gesetz hergestellt. Wir werden zusätzlich in Qualität investieren, und wir werden eine Evaluierung machen, um uns beispielsweise anzusehen, wie es mit dem Thema „Sachkosten“ aussieht.

Weil es der SPD immer wieder verloren geht, möchte ich dieses Thema noch mal aufgreifen. Ich bin seit 2010 hier im Ausschuss, und seit 2010 wird eine Debatte um die Personalkosten im KiBiz geführt. Nie war aber die Rede von Sachkosten. Im Frühjahr gab es nun vom Minister einen ersten Aufschlag, als er den Pakt für Kinder und Familien präsentiert hat, und ein paar Wochen später hieß es in der Öffentlichkeit, dass angeblich 570 Millionen Euro Sachkosten fehlen würden.

Eine seriöse Politik sagt: Wir nehmen das zur Kenntnis, wir beschäftigen uns mit der Problemlage, aber wir schießen nicht mal eben etwas aus der Hüfte, weil es erstens um Steuergelder geht und es zweitens seriös in einem Gesetz abgebildet werden muss. Genau so gehen wir damit um, und wir haben den betroffenen Verbänden auch sehr genau kommuniziert, dass wir es uns sehr genau anschauen. Wir sind mit ihnen im Gespräch, damit im Zweifelsfall, wenn substanzielle Problemlagen entstehen, entsprechend nachgesteuert werden kann. Wir machen jetzt aber das, was seit zehn Jahren immer wieder angemerkt wurde: die Personalkosten auskömmlich finanzieren und zusätzlich in Qualität investieren.

Weil es an der einen oder anderen Stelle vielleicht Irritationen gab, haben wir noch ein paar Änderungsanträge auf den Weg gebracht. Zur Klarheit will ich sie erläutern. Beim Thema „Flexibilität“ ist ganz wichtig, dass wir nun auch ins Gesetz schreiben, dass es nur flexiblere Randzeitenbetreuung geben kann, wenn einerseits das Personal entsprechende Qualitätsstandards erfüllt und wenn andererseits die Finanzierung mit zusätzlichen Mitteln erfolgt und die Ausweitung der Betreuungszeiten nicht aus dem bestehenden Personal abgebildet wird. Das ist zur Beruhigung der Beschäftigten ein ganz wichtiges Zeichen.

Beim Thema „Schließtage“ habe ich die Irritation in der Szene nachvollziehen können. Sieht man es sich aber im Gesetz an, weichen wir nicht dramatisch vom Bisherigen ab. Wir haben aber verstanden, dass es in manchen Konstellationen mit Fortbildungen und ähnlichen Maßnahmen zu Schwierigkeiten kommen kann, wenn man anders als zuvor präzise von 25 Tagen spricht. Wir schlagen daher als Kompromiss 27 Schließtage vor. Als Rückmeldung haben wir von den Trägern, mit denen wir im Vorfeld gesprochen haben, mitbekommen, dass das ein guter Weg ist, mit dem man voranschreiten kann. Ich glaube, dass das sehr substanzielle und vernünftige Punkte sind.

Wir haben jetzt eine Kitafinanzierung, die dauerhaft trägt – unter anderem, weil sie eine Dynamik abbildet. In der gesamten Oppositionszeit haben wir die Regierung gebeten, neu zu dynamisieren. Da haben Sie sich aber geweigert und gesagt, es sei konnexitätsrelevant. Kurz vor Regierungsende gab es dann ein Gutachten, das genau das Gegenteil belegt hat. Es hätte also einfach auch ein bisschen Mut im Regierungshandeln erfordert, so etwas schon auf den Weg zu bringen. Dann wären die Lücken, welche die Träger jetzt hatten, gar nicht mehr so groß gewesen.

Ich glaube, wenn das neue Gesetz greift und wenn man das Ganze einmal durchrechnet, kommt es zu einem großen Aufatmen. Deshalb können wir guten Gewissens die Änderungsanträge auf den Weg bringen und dann in der nächsten Woche das Gesetzgebungsverfahren zum Abschluss bringen.

Josefine Paul (GRÜNE): SPD, CDU und FDP nehmen sich ja nicht so viel beim Abfeiern von Dingen, die nur bedingt Anlass zur Freude geben.

Die regierungstragenden Fraktionen reklamieren immer 1,3 Milliarden Euro für sich, und sie lassen ein bisschen unter den Tisch fallen oder erwähnen nur in einem Nebensatz, dass es sich dabei in allererster Linie um eine Dreifachfinanzierung aus Bundesmitteln, kommunalen Mitteln – bei denen es übrigens noch freie Mittel on top gibt, die gar nicht mit eingerechnet werden – und Landesmitteln handelt. Ich finde, es wäre auch gegenüber den anderen, die an dieser großen finanziellen Leistung beteiligt sind, redlicher, wenn man immer auch direkt dazusagen würde, dass es zwar mehr Geld im System gibt, das Entscheidende aber ist, dass andere uns unter die Arme greifen. Das ist in der Systematik auch richtig so, aber es hört sich immer so an, als würde die Landesregierung es in erster Linie alleine stemmen.

(Minister Dr. Joachim Stamp [MKFFI]: Das steht in jeder PM! – Marcel Hafke [FDP]: Habe ich doch gesagt!)

– Ja, das habe ich gehört, aber es dauert immer ungefähr bis zum zehnten Satz, bis es kommt. Vorher hat man gesagt, was man als Landesregierung Tolles gemacht hat. Aber das gehört ja auch zum Geschäft dazu.

Es gehört auch zum Geschäft dazu, dass SPD und FDP auf den Fotos der Unterzeichnung des Gute-KiTa-Gesetzes eigentlich noch recht fröhlich und vereint aussahen. Das hört sich jetzt irgendwie alles ganz anders an. Beim Fototermin war man doch noch ganz wohlgemut. Ich kann mich hier aber durchaus der Kritik des Kollegen Hafke anschließen: Ohne eine langfristige Finanzierungszusage des Bundes, wofür zwei andere hier im Raum vertretene Parteien und deren Fraktionen zuständig wären, ist das in der Tat relativ weiße Salbe.

Ich teile auch nicht die große Euphorie der SPD darüber, dass man es jetzt geschafft hat, mit diesen 200 Millionen Euro das zweite beitragsfreie Jahr auf den Weg zu bringen. Ich bleibe dabei – und das haben auch die kommunalen Spitzenverbände in der Anhörung deutlich gemacht –: Wenn man den Einstieg in die Beitragsfreiheit machen möchte, die wir sicherlich alle wollen, und dabei auch die soziale Gerechtigkeit und die Frage gleichwertiger Lebensverhältnisse in Rechnung stellt, dann wäre nicht das zweite beitragsfreie Jahr der richtige Weg gewesen. Der richtige Weg wäre es dann gewesen, zur landeseinheitlichen Beitragstabelle zurückzukehren und noch mehr aus dem Gute-KiTa-Gesetz in die Qualität zu stecken.

Ich bin ja dankbar, dass die Regierung dieses Landes nicht alles in die Beitragsfreiheit steckt. Andere Länder haben hier andere Prioritäten gesetzt, die ich im Angesicht der großen qualitativen Aufgaben, die wir in ganz Deutschland noch vor uns haben, für relativ falsch halte. Aber wir müssen ja nicht das Geschäft anderer Bundesländer betreiben.

Bei den Änderungsanträgen der Koalition beschleicht einen so ein bisschen der Eindruck, man habe irgendwie noch etwas machen müssen – man muss ja etwas vorlegen –, aber für Substanzielles habe man nicht das „placet“ bekommen. So lesen sich die Änderungsanträge zumindest. Es sind massenhaft Bedenken geäußert worden – auch in der Anhörung. Ich wundere mich ehrlich gesagt, dass Sie sich dann nur diese wirklich sehr kleinen Bereiche herausgesucht haben, die unter dem Strich auch kaum Geld kosten. Das ist in der Tat ein bisschen wenig.

Gleichzeitig will ich aber auch nicht verhehlen, dass ich über den Änderungsantrag der SPD ein wenig überrascht war. Zwar teilen wir das Ziel, dass es eigentlich eine Umkehr der Finanzierungssystematik braucht – ob es in der Ausgestaltung nun Grundfinanzierung oder Sockelfinanzierung heißen soll, kann man noch mal diskutieren –, aber dass nun mit dem Änderungsantrag in der letzten Beratung des Ausschusses vor Verabschiedung des Gesetzes noch mal eben Mittel mit einem Volumen von zusätzlich 500 Millionen Euro nachgeschoben werden sollen, sozusagen in einer kleinen Änderung in einem Absatz, finde ich schon einigermaßen erstaunlich. Ich finde, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, dass Sie sich ein bisschen einen schlanken Fuß machen, wenn Sie sagen, dass man das mit ein bisschen gutem Willen und drei Federstrichen mal eben machen kann. Ich finde, da waren wir in der Diskussion durchaus schon weiter.

Auch wir haben keinen Gesetzentwurf vorgelegt, sondern wir haben unsere Haltung zum Gesetzentwurf der Landesregierung in einem Entschließungsantrag dargelegt. Auch dazu werden wir noch mal Änderungen vorlegen. Aus unserer Sicht ist es nicht unser Geschäft gewesen, einen Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen, aber wir sehen uns auch nicht in der Position, zu sagen, dass man es in diesem Gesetzentwurf mal eben mit ein paar Federstrichen regeln kann.

Herr Minister, Sie haben in dem Artikel in der „Rheinischen Post“, der vorhin schon zitiert worden ist, gesagt, dass man offen sei, bei Änderungsbedarfen nachzusteuern. Lieber Herr Minister, diese Änderungsbedarfe sind Ihnen sehr deutlich in der Anhörung dargelegt worden – sowohl schriftlich als auch mündlich. Ich frage mich, wann genau Sie dann offen dafür sind, notwendige Änderungen vorzunehmen.

Unter dem Strich bleibt es dabei, dass dieses Kinderbildungsgesetz eine Dauerbaustelle ist. Wir wären mit dem Beschluss des Gesetzes in der nächsten Woche eben nicht fertig damit und hätten somit auch keine Grundlage für eine sukzessive Weiterentwicklung der Qualität. Die Konstruktionsfehler bleiben erhalten, und wir bleiben dabei, dass durchaus infrage steht, wie auskömmlich dieses Gesetz ist.

Die Änderungsbedarfe liegen klar auf dem Tisch. Es bleibt eine Dauerbaustelle, und es bleibt zu befürchten, dass auch die Überbrückungsfinanzierung ein konstanter Bestandteil der Kitafinanzierung in diesem Land bleibt. Ich frage mich in der Tat, wann man den auf dem Tisch liegenden Änderungsbedarfen Rechnung tragen will.

Ein kleiner Punkt zum Abschluss: Wir haben immer gesagt, dass es im Bereich der Kindertagespflege substanzielle und zu begrüßende Verbesserungen gibt. Leider muss aber auch hier an einer Stelle etwas Wasser in den Wein gegossen werden, und zwar bei der Erhöhung der Zahl der Betreuungsverträge. Selbst die Verbände haben hier gesagt: Vorsicht an der Bahnsteigkante; wir sind nicht wirklich glücklich mit der

Formulierung im Gesetz. – Das wurde bei der Veranstaltung kürzlich noch untermauert, die Landesregierung drückt es an dieser Stelle aber auch gegen die Bedenken der Verbände durch. Das ist schade; denn sonst ist in diesem Bereich hinsichtlich Qualifizierung, Fachberatung usw. durchaus substanziell etwas verbessert worden.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Das Foto mit der Ministerin Giffey und den Ausschlussmitgliedern habe ich verursacht. Ich dachte als Vorsitzender, es wäre gut, wenn man sich zusammenstellt und sich als beratender Ausschuss zeigt.

Und auch das Lächeln kann ich leicht erklären. Mir fiel es zumindest unheimlich schwer, bei dem Gedanken, dass Nordrhein-Westfalen 1,2 Milliarden Euro für die Kitas bekommt, ein ernstes oder weinerliches Gesicht zu machen. Deshalb war es da sehr entspannt; denn wir hatten gerade 1,2 Milliarden Euro bekommen. – Das nur zur Klärung, wie dieses freundliche Foto entstanden ist.

Jens Kamieth (CDU): Ich fange mal bei Frau Paul an. Dass wir nur unzureichend betont hätten, dass nicht das Land allein Geld gibt, kann ich nicht nachvollziehen. Das muss ich zurückweisen. Im Grunde seit dem 8. Januar, an dem der Pakt für Kinder und Familien verkündet wurde, war klar, dass sich die Kommunen an den 750 Millionen Euro zur Hälfte beteiligen und an den Flexibilisierungsmitteln mit 20 %. Und dass sie darüber hinaus etwa 200 Millionen Euro freiwillige Leistungen bei Trägeranteilen übernehmen, ist hier nicht nur bekannt, sondern wird immer wieder in Dankbarkeit betont. Wenn Sie Spaß daran haben, lade ich Sie ein, sich meine Plenarreden dazu anzusehen. Es ist definitiv in jeder Rede drin und auch in vielen Vorträgen, die ich gehalten habe. Das darf man nicht unterschätzen.

Zur Tagespflege: Ja, ein Verband, der vor allen Dingen die Qualität der Tagespflege im Auge hat, sagt, man hätte bei der ursprünglichen Anzahl der Betreuungsverträge bleiben sollen. Aber es gibt eben auch einen Berufsverband, der beispielsweise auf die dringende Notwendigkeit des Platz-Sharings hingewiesen hat. Wir haben nun stärker die Möglichkeit, dass ergänzend Tagespflege an Kitas tätig werden kann, und uns hat überzeugt, dass es im Einzelfall den Bedarf geben kann, tatsächlich mehr Verträge abzuschließen – ohne dabei mehr Kinder zu betreuen; das muss man ja auch immer sagen.

Die Sorge, die geäußert wurde, dass man mehr Kinder betreuen muss und es dadurch auch zu mehr Elterngesprächen, mehr Eingewöhnungszeit usw. kommt, federn wir dadurch ab, dass wir erstmals eine Stunde pro Kind und pro Woche an mittelbarer Bildung zulassen und finanzieren. Das ist bei der Kindertagespflege sehr gut angenommen worden. Deshalb kann ich mit der Kritik gut umgehen, und ich denke, wir haben dem auch etwas entgegenzusetzen.

Dann komme ich zum Kollegen Dr. Maelzer, der seinen Änderungsantrag mit sehr viel Engagement begründet hat. Ich frage mich nach den Ausführungen, in welchem Zustand die SPD tatsächlich ist. Das KiBiz und das ganze letzte Jahr zeigen das sehr deutlich. Wenn man eine seriöse Oppositionsarbeit machen will, dann beschäftigt man sich doch auch wirklich intensiv damit und bringt nicht so einen Antrag auf die Welt, in

dem steht, die Regierung möge beizeiten ein Gesetz vorlegen, in dem eine Sockelfinanzierung vereinbart wird. Dann macht man es tatsächlich seriös und sagt ganz genau, wie man es sich vorstellt, und schliert nicht mal eben so einen Betrag von 500 Millionen Euro hin.

Die SPD zeigt mit diesem Antrag, dass sie keine seriöse Oppositionsarbeit machen will, sondern möglicherweise eine Partei ist, die entweder den Gestaltungswillen komplett verloren hat oder es nicht so einschätzt, in diesem Land auch mal wieder gestalten zu können. Denn sonst hätte man mal ein bisschen genauer hingeschaut.

Wir wissen, dass ein beitragsfreies Kindergartenjahr etwas über 200 Millionen Euro im Jahr kostet. Das heißt, der Änderungsantrag hat ein Volumen von mindestens 600 Millionen Euro. – Ich sehe zwar Kopfschütteln, ich glaube aber nicht, dass die Zahlen, die Sie mir nennen, bedeutend geringer sein werden. Das heißt, auch der SPD hier im Land ist die Beitragsfreiheit mehr Geld wert als die Qualitätssteigerung, die Sie mit 500 Millionen Euro beziffern.

Damit komme ich zu einem weiteren Punkt. Wir haben im Prozess eine deutliche Entfremdung der SPD von den Gewerkschaften feststellen können. Zur Anhörung haben Sie es versäumt, Gewerkschaften als Sachverständige zu benennen. Wir haben das dann nachher ermöglicht, indem wir gesagt haben, dass wir sie noch vor die Klammer ziehen; denn wir als CDU haben uns dieses Know-how in der Anhörung nutzbar machen wollen. Sie haben, wenn ich mich richtig erinnere, irgendwelche Einzelpersonen benannt und die Gewerkschaften außen vor gelassen.

Und ich muss feststellen: Es steht eine Forderung von 570 Millionen Euro für Sachkosten im Raum – ungedeckt –, und Sie beantragen hier 500 Millionen Euro. Wenn ich schon keine seriöse Oppositionspolitik machen will, dann beantrage ich doch zumindest das, was auf dem Markt gefordert wird. Sie müssten dann mal erklären, wie die 70 Millionen Euro, die noch fehlen – möglicherweise plus Verwaltungskosten – finanziert werden sollen. Mit diesem Antrag setzen Sie sich doch schon jetzt dem Ärger der Verbände aus, falls Sie vielleicht doch irgendwann mal wieder diesen Bereich verantworten dürfen.

Zuletzt komme ich zu den Trägeranteilen. Das ist sicherlich auch eine Position, die mit mehreren Hundert Millionen Euro zu hinterlegen ist. Ich möchte hier auf die Kommunen und ihre finanziellen Beteiligung eingehen. 375 Millionen Euro plus Flexibilisierungsmittel kommen von den Kommunen. Sie wollen die Trägeranteile reduzieren und die Kommunen außen vor lassen. Glauben Sie denn, dass nach so einem Antrag die Kommunen noch bereit wären, diese 375 Millionen Euro zu geben?

Das ist doch genau der Punkt, an dem Frau Kampmann gescheitert ist: den Kommunen tatsächlich deutlich zu machen, wie wichtig ihre Beteiligung am Prozess und im gesamten Bereich der frühkindlichen Bildung ist. Herr Minister Stamp hat das geschafft, und nur aufgrund der Situation bei den Trägeranteilen haben sich die kommunalen Spitzenverbände überhaupt einverstanden erklärt, mitzumachen. Die SPD wird mit ihrem Antrag diese Einigung sicherlich nicht aufrechterhalten können.

Das bedeutet, Sie haben hier heute 1,4 Milliarden Euro zusätzlich beantragt und gleichzeitig die Kommunen verloren. Und Sie schaffen es auch nicht, eine Befriedung

im Bereich der Gewerkschaften bzw. im Hinblick auf die Sachkosten herbeizuführen. Da frage ich mich, wo Sie bei der Anhörung waren bzw. welchen Blick Sie auf die Realitäten hier im Land haben. Dieser Antrag kann keine Zustimmung finden.

Frank Müller (SPD): Eigentlich bräuchte es nach diesem Beitrag gar keine Gegenrede mehr. Das muss man zu der Frage, wer einen Realitätsbezug hat und wer nicht, einfach mal sacken lassen.

Ich will auf einen Punkt eingehen, Herr Kollege Kamieth. Wenn Sie das mit dem Platz-Sharing wirklich ernst meinen, dann sollten Sie vielleicht einfach aus dem Wort „Kinderbildungsgesetz“ das Wort „Bildung“ streichen und so Ihren Änderungsantrag vervollständigen. Das wäre nur konsequent, wenn man diese Denkweise, die sich durchaus auch in diesem Gesetz wiederfindet, nachvollzieht. Ich will hoffen, dass Sie das nicht ernst gemeint haben, und ich kann mir auch wirklich nicht vorstellen, dass es ein breiter Wunsch von Erzieherinnen und Erziehern oder von den Trägern gewesen ist, noch die Möglichkeit zu eröffnen, das Platz-Sharing zuzulassen und auf Betreuungszeiten von zwölfeinhalb Stunden zu kommen, um mehr Kindern einen Betreuungsplatz anbieten zu können.

(Jens Kamieth [CDU]: Da gibt es keine Träger!)

Ich kann mir vorstellen, dass es diesen Wunsch vereinzelt gibt, aber aus meiner Sicht ist das nicht so. Es kann aber auch sein, dass wir einfach in verschiedenen Realitäten leben und andere Träger mit unterschiedlichen Schwerpunkten besucht haben.

(Britta Oellers [CDU]: Tagesmütter und Tagesväter!)

Manchmal glaube ich das allerdings nicht. Herr Hafke hat ja gerade nach Daten und Fakten gefragt, und auch wir waren landauf, landab unterwegs. Manchmal habe ich dann wahrgenommen, dass Sie zuvor bei den Trägern zu Besuch waren. Häufig wurde mir gespiegelt, dass Sie geradezu überrascht schienen, dass man Ihnen gar nicht so sehr den roten Teppich ausrollen wollte und an vielen Stellen die Dankbarkeit gar nicht so groß ausfiel. Sie hätten – ich will es vorsichtig und freundlich sagen – manchmal sehr grantelig reagiert und gar nicht verstanden, warum nicht die gesamte Landschaft jubelt. Die Nachfragen zeigen das immer wieder – Fragen, die Sie sich eigentlich im gesamten Gesetzgebungsprozess schon selbst hätten beantworten müssen.

Die Frage ist da auch, warum die Träger nicht mehr haben und warum sie am Ende des Tages nicht mehr Personal bringen können. Die schlichte Wahrheit ist: Wenn man eine Lücke schließt, dann schließt man eben diese Lücke, aber man schafft nicht mehr Qualität. Man schreibt den Status quo fest und vollzieht das nach, was viele Träger in diesem Land bereits machen: Sie müssen die Mittel strecken, sie müssen sehr fantasievoll schauen, woher sie das Geld bekommen, sie müssen Klinken putzen gehen. Viele Dinge, die der Qualität zugutekommen, finanzieren sie aus anderen Mitteln – jedenfalls nicht aus Mitteln, die aus Bund oder Land kommen.

Franziska Giffey wurde ja schon mehrfach zitiert. Sie hat bei der Unterzeichnung der Gute-KiTa-Vereinbarung übrigens an den Herrn Minister gerichtet noch einen weiteren Satz gesagt – offensichtlich duzen Sie sich, aber das ist nicht die wichtige Botschaft –:

Mach was Vernünftiges draus, dann geht's auch weiter. – Das sei das beste Argument für mehr Mittel aus Berlin.

Der Punkt ist: Das Schicksal dieses Gute-KiTa-Gesetzes wird sich nicht nur in Berlin entscheiden, sondern es wird sich auch dadurch entscheiden, was in den Ländern damit passiert.

(Marcel Hafke [FDP]: Stellen wir uns mal vor, wir würden so Politik machen! – Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist doch ein Witz! Das meinen Sie doch nicht wirklich ernst!)

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Der Kollege Müller hat das Wort.

Frank Müller (SPD): Ich will damit nicht sagen, dass diese Verantwortung allein bei Nordrhein-Westfalen liegt. Ich will keine Umkehr der Verantwortung vornehmen – nicht, dass Sie mich missverstehen. Aber das komplettiert sozusagen diesen Zitatereigen.

Deswegen empfinde ich es auch nicht als Witz, Frau Kollegin Paul, wenn man darauf hinweist und sagt, dass es natürlich ein gutes Argument und hilfreich in der Debatte ist, wenn auch Effekte erzielt werden. Wir alle wollen ja nicht bestreiten, dass wir uns wünschen, dass der Bund auch weiter Verantwortung übernimmt. Es muss dann aber auch klar sein, dass es gute Argumente in der politischen Debatte braucht. Das kennen wir doch auch aus der Presse.

Ich will noch auf ein paar inhaltliche Punkte eingehen – insbesondere aus der Perspektive der Kinder und Eltern. Ich glaube, dass diese Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen gewissermaßen der Versuchung erlegen sind, ganz schnell den Sack zumachen zu wollen, als es eine Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden gab. Im Prinzip haben Sie dann komplett ausgeblendet, dass alle anderen Partner, mit denen man hätte reden sollen oder müssen, eigentlich nur noch eine untergeordnete Rolle spielten. Da würde mich interessieren: Welche Rolle hat am Ende der Beirat gespielt, den Sie berufen haben, Herr Minister? Welchen Einfluss hatte er überhaupt noch? Wo spiegelt sich das im Gesetz wider? – Es drängt sich nach wie vor der Verdacht auf, dass da am Ende nur fiskalische Überlegungen handlungsleitend waren.

Ich möchte an zwei Punkten festmachen, was Ihr Änderungsantrag nicht ändern wird. Erstens geht es um die Flexibilisierung und die Erweiterung von Öffnungszeiten. Mit dem Versprechen dessen, was Sie zulasten Dritter machen werden – nämlich Flexibilisierung und Erweiterung von Öffnungszeiten, erweitert dadurch, dass manche sich ein Platz-Sharing wünschen würden –, werden Sie die Konflikte gewissermaßen in die Kitas zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern tragen. Das sind Konflikte zwischen Eltern und Kitaleitung, zwischen Eltern und Erzieherinnen und Erziehern und zwischen Eltern und Trägern.

Sie haben in Ihrem Änderungsantrag erkannt, dass es dabei organisatorische und personelle Grenzen gibt. Aber es ist angesichts des Haushalts und der Personalsituation vieler Träger so, dass Sie schlichtweg feststellen werden, dass mit dem Geld, das jetzt ins System kommt, Ausweitung und Flexibilisierung so nicht möglich sein werden.

Sie machen mit Ihrem Änderungsantrag noch etwas: Sie konkretisieren, welche Kräfte das stemmen können – und zwar Kindertagespflegepersonen. Da machen Sie eine Debatte auf, die wir gemeinsam führen sollten. Wir sollten sie aber ganz in Ruhe führen. Sie holen eine weitere Personengruppe in die Kitas, die die Träger vor die Herausforderung stellt, wie und ob man sie überhaupt im Kitaalltag einsetzen kann. Das heißt: Was sind das überhaupt für Stellen, und was haben sie für einen organisatorischen und personellen Mehrwert? Es wird die Träger überhaupt nicht entlasten, und es wird auch die Fachkräfte vor Ort nicht entlasten.

Wenn Sie damit aber eine Debatte anstoßen wollen, dass wir die Kita für niedrigere Fachkraftquoten öffnen sollten, dann sollten Sie das sagen. Wir haben auf unserer Delegationsreise nach Island gelernt, dass es dort Kitas mit einer 50%igen Fachkraftquote gibt, aber durchaus mit mehr Personal. Diese Debatte gehört woanders hin, ich finde es nur wenig hilfreich, die Flexibilisierung dadurch zu beantworten, dass Sie sagen, man könne zusätzlich Kindertagespflegepersonen in die Einrichtungen holen.

Ich frage mich auch, was das mit den Kindern im Kitaalltag macht, die heute schon unter einem sehr häufigen Wechsel von Bezugspersonen leiden. Was macht das eigentlich mit der Beziehungsarbeit? Und was macht es eigentlich mit der Partnerschaft zwischen Eltern und Trägern, wenn ein bisschen der Zungenschlag reinkommt, dass der Gesetzgeber doch eigentlich Erweiterungen der Öffnungszeiten wollte, aber die Träger und die Mitarbeitenden vor Ort die Spielverderber seien? – Das schwingt da mit, und das ist eine Sorge, die vielleicht Ihnen gegenüber nicht geäußert worden ist, aber ich habe in vielen Einrichtungen erlebt, dass das eine große Sorge ist. Das schwingt in diesem Gesetz mit, und das kann man doch nicht einfach so wegwischen.

Insofern wird das Gesetz aus unserer Sicht eben nicht zu dem Qualitätsschub führen, den Sie sich versprechen; denn viele Fragen, die die Erzieherinnen und Erzieher vor Ort bewegen und die in der Kinderbildung spannend sind, sind nicht geklärt. Am Ende wird nur das nachvollzogen, was ohnehin gemacht wird.

Ich will es dabei bewenden lassen. Vielleicht gibt es ja noch eine dritte Runde, ansonsten haben wir auch im Plenum noch mal Zeit, darüber zu diskutieren.

Ein Punkt, den ich noch ganz interessant finde, ist aber das Thema „gesunde Ernährung“. Ich finde es nicht falsch, dass Sie es in den Änderungsantrag aufnehmen – da will ich keine Missstände aufkommen lassen. Aber wenn man das will, dann müssen Sie doch auch mal sagen, wie wir das bezahlen. Ich will das jetzt nicht mit Zahlen hinterlegen, aber genau das ist ein Vorhalt, den Sie uns immer gemacht haben. Die Haushaltsberatungen kommen ja noch, da kann man ganz entspannt bleiben, aber Sie können doch nicht einfach so in das Gesetz schreiben, dass ein Anspruch besteht, dann aber nicht sagen, wie Sie diesem Anspruch gerecht werden wollen. Was geht da an zusätzlichen Mitteln rein? – Aus den Pauschalen heraus werden Sie es nicht regeln können. Das ist ein Punkt, der mich schlichtweg ärgert; denn Sie machen es sich genauso einfach, wie Sie es uns vorwerfen.

Die Realität ist ja so: Wir sind in der Opposition, und unser Antrag wird wohl eine relativ geringe Chance haben, dass ihm zugestimmt wird. Die Sache ist aber: Wir werden Ihr

Gesetz verabschieden – mit all seinen Unzulänglichkeiten. Und wieder einmal werden es diejenigen ausbaden, die vor Ort miteinander arbeiten müssen.

Ich finde es sehr bedauerlich, dass da nicht mehr gelungen ist. Da können Sie ganz viele Geschichtsstunden dazu machen, was in den letzten Jahren passiert ist oder nicht. Das hat mich aus einer anderen Perspektive oft genug selbst geärgert. Es ändert aber nichts daran, dass wir jetzt über ein Gesetz reden, dass die Weichen für die Zukunft stellt. Ich glaube, dass diese Weichenstellung nicht gut und nicht ausreichend ist.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich möchte ebenfalls noch auf ein paar Punkte eingehen. Es ist bezeichnend, dass insbesondere von Grünen und FDP die Kritik am Gute-KiTa-Gesetz besonders laut ist – zwei Parteien, die es nicht geschafft haben, gemeinsam in die Bundesregierung zu kommen, die aber miteinander verhandelt haben.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Und das von einer Partei, die gezwungenermaßen in der GroKo ist und sich dort sehr unwohl fühlt!)

– Aber der Unterschied zwischen der SPD in der Großen Koalition und den beiden Oppositionsparteien auf Bundesebene ist: In unseren Verhandlungen mit der CDU haben wir durchgesetzt, dass es 1,2 Milliarden Euro für Nordrhein-Westfalen gibt. In euren Verhandlungen waren das Gute-KiTa-Gesetz oder ein Qualitätsentwicklungsgesetz noch nicht einmal Thema. An dieser Stelle würde ich die Backen nicht so aufblasen. Man kann das ja alles nachlesen; die ganzen Jamaika-Papiere sind öffentlich gewesen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Sondierungen sind etwas anderes als Koalitionsverhandlungen!)

– Aber in Sondierungen sagt man ja schon, worüber man sprechen möchte, und anscheinend wolltet ihr darüber nicht sprechen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist Unsinn, aber das weiß ja jeder! – Frank Müller [SPD]: Das hilft den Menschen vor Ort auch nicht weiter!)

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Herr Maelzer hat das Wort!

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Die Grünen bleiben also eine große Projektionsfläche. Ich finde, dass 1,2 Milliarden Euro für Nordrhein-Westfalen deutlich mehr sind als weiße Salbe. Das möchte ich klar sagen.

Ich habe wahrgenommen, dass sich Herr Kamieth um den Zustand der SPD sorgt. Wir sorgen uns aber mehr um den Zustand unserer Kitas. Vielleicht sollte das in Ihren Debattenbeiträgen eine deutlich größere Rolle spielen.

Ich will nun nicht eine Nachhilfestunde in Mathe bringen, aber etwas Geschichtsunterricht muss immerhin schon sein.

(Jens Kamieth [CDU]: Bei Mathe?)

– Ja, alles hängt mit allem zusammen.

In derselben Sitzung, in der uns die Landesregierung eine Vorlage vorlegte, in welcher davon die Rede war, dass trägerseitig ein Defizit von 570 Millionen Euro bei den Sachkosten reklamiert worden sei, stand der Antrag der SPD zum Thema „Sockelfinanzierung“ auf der Tagesordnung. Heute ist also nicht das erste Mal, dass die SPD über dieses Thema spricht. Und wenn Sie aktiv an den Sitzungen teilgenommen haben, dann wissen Sie das auch ziemlich genau. Wir haben an der Stelle auch ein landesseitiges Finanzvolumen beziffert. Das kann man alles in den Anträgen nachlesen.

Und falls Sie sich die Frage stellen, woher die Zahlen für die Absenkung der Trägeranteile kommen: Ich habe versucht, es in der Debatte anzubringen, anscheinend ist es aber nicht angekommen. Das ist das Ergebnis der Großen Anfrage der SPD-Landtagsfraktion, und Große Anfragen werden von der Landesregierung beantwortet. Es handelt sich also um die Zahlen, welche die Landesregierung zur Realität der Trägeranteile in Nordrhein-Westfalen selbst schwarz auf weiß zu Papier gebracht hat – und ich gehe davon aus, dass die Landesregierung da sehr gewissenhaft arbeitet.

Wenn ich dann die Qualitätssicherungsumstellungspauschale und die Absenkung der Trägeranteile zusammennehme, komme ich übrigens auf Werte, die deutlich über 570 Millionen Euro für die Entlastung insbesondere der freien Träger liegen. Wir haben dazu auch mit vielen gesprochen und jedenfalls in diesen Fragen keine Kritik gehört – übrigens auch nicht seitens der Gewerkschaften.

(Jens Kamieth [CDU]: Was ist mit den kommunalen Zuschüssen?)

– Ja, wir haben auch mit den Kommunen gesprochen. Da sagen uns Kämmerer: Ihr als Land verweigert euch bei der Frage, lasst uns mit dem Thema alleine, und wir müssen dann die freiwilligen Leistungen zahlen. – Wenn unser Antrag beschlossen würde, würde sich mein Kämmerer vor Ort riesig freuen, weil das Loch, das durch eure Kitapolitik in den Haushalt gerissen wird, deutlich geringer würde und die Trägeranteile in einem größeren Maße finanziert würden. Es würde das Gros der Kommunen entlasten, wenn wir diesen Antrag beschlössen. Von daher erwarten wir von dieser Seite auch weniger Kritik, als es vorhin behauptet wurde.

Eine weitere Behauptung gab es dazu, welche Rolle die Gewerkschaften für die SPD in der Anhörung gespielt haben. Man kann es im öffentlichen Protokoll nachlesen – und darauf haben sich übrigens ver.di und die GEW bezogen –: Ich habe in der Ausschusssitzung gesagt, wir müssen ver.di und die GEW einladen, weil es eben zwei Gewerkschaften aus dem DGB-Bereich gibt, die für Kitas zuständig sind.

(Zuruf von Jens Kamieth [CDU])

Das wollten wir gemeinsam vor die Klammer ziehen. Und danach kam es zu Verhandlungen, in denen CDU und FDP sich verweigerten und sagten: Ver.di und die GEW haben hier nichts zu suchen. Wir laden nur den DGB und die Beamtengewerkschaften ein. Fresst oder sterbt, liebe SPD. – Das ist der Umgang. Und hier dann so eine Geschichtsklitterung zu betreiben, ist einfach eine Unverschämtheit.

Das zeigt uns natürlich, dass es solche Absprachen in Zukunft nicht mehr geben kann. Wir werden es öffentlich machen müssen, damit im Nachhinein nicht solche Falschbehauptungen in die Welt gesetzt werden.

Mein Kollege Frank Müller hat schon darauf hingewiesen, dass wir das Ganze mit Haushaltsanträgen hinterlegen werden, wie wir es auch schon im vergangenen Jahr getan haben.

(Marcel Hafke [FDP]: Das war auch schon verfassungswidrig!)

In diesen haben wir Ihnen aufgezeigt, dass der Haushalt die nötigen Spielräume lässt. – Sie können sich vorstellen, dass jeder Antrag, den wir stellen, auch mit unseren Haushältern abgestimmt ist.

(Marcel Hafke [FDP]: Das ist ja das Problem!)

Aber zu dem Märchen, das Sie uns erzählen wollen, dass das Land hier große Anstrengungen vollbringe: Das Land schreibt fort, was schon längst im System ist. Das ist landesseitig Status quo und nicht mehr. Die Zahlen werden nicht richtiger, je öfter sie genannt werden.

Sie haben Ihre Anträge eingebracht. Wir halten sie für vollkommen unzureichend, sie machen aber auch nicht viel kaputt. Deswegen werden Sie von uns eine wenig wohlwollende Enthaltung bekommen.

Marcel Hafke (FDP): Mich wundert die Debatte jetzt schon etwas. Ich will einige Dinge vorwegschicken und uns allen empfehlen, ein bisschen abzurüsten, lieber Dennis Maelzer.

Wie die Expertenrunde in der Anhörung zustande gekommen ist, ist wie üblich in Referentenrunden besprochen und einstimmig, auch mit Unterstützung der SPD, verabredet worden. Darüber kann man sich jetzt natürlich aufregen, es wäre aber unklug, das noch einmal zu wiederholen, weil dann Verabredungen tatsächlich irgendwann schwierig werden.

Dann dazu, wie kommunale Spitzenverbände und Kommunen sich organisieren und arbeiten: Ich habe das Parlament und die Demokratie immer so verstanden, dass der Städtetag usw. sich schon selbst und untereinander organisieren, um Verabredungen auf Landesebene zu treffen – ob bei Ausgleichsverfahren oder bei Verabredungen im Land. Dass nicht einzelne Kämmerer, Oberbürgermeister, Bürgermeister oder Landräte das machen, ist doch eigentlich klar; das müssen sie untereinander in den kommunalen Spitzenverbänden ausdiskutieren.

Und um mit den Falschbehauptungen, die in die Welt gesetzt werden, aufzuräumen: Natürlich ist vor dem Veröffentlichungstermin im Januar mehrfach mit allen Beteiligten gesprochen worden und im Nachgang ebenfalls. Das hat der Minister auch mehrfach dargelegt. Zudem haben auch die Koalitionsfraktionen mit allen Beteiligten mehrfach über die verschiedenen Punkte gesprochen. Etwas anderes zu behaupten, wäre unredlich.

Natürlich ist es so, dass letztendlich unter denjenigen, die die ganze Sache bezahlen – wir können es, damit die SPD glücklich wird, nicht häufig genug sagen: der Bund, die Kommunen und das Land –, auch noch Detailverabredungen stattfinden. Das ist vollkommen klar, weil das Ganze ja von denen getragen werden muss.

Ich will aber noch auf ein paar Aspekte eingehen, die der Kollege Müller aufgeworfen hat. Ich empfehle, da noch einmal nachzulesen und zu präzisieren.

Ich denke, es ist hilfreich und gut, das Thema „gesunde Ernährung“ ins Gesetz zu schreiben, wie wir es in vielen anderen Bereichen bei Bildungsgrundsätzen auch tun, und es dann den Trägern in ihrer pädagogischen Konzeption zu überlassen. Ich stimme Ihnen völlig zu, dass wir noch überlegen können – das will ich aber auch nicht aus der Hüfte geschossen machen –, was wir tun können, um gesunde Ernährung und Gesundheitsmaßnahmen in Kitas voranzubringen. Das muss nicht alles immer direkt mit Geld hinterlegt werden; das kann auch später noch geschehen.

Dann müssen wir aber auch darüber sprechen, wie man es organisieren kann. Ich glaube, wir sind da gar nicht so weit auseinander, aber Sie können nicht alles schon im ersten Schritt hinbekommen. Entscheidend ist, dass das Thema „Ernährung und Gesundheit“ im Kinderbildungsgesetz bei Bildungsgrundsätzen und auch an anderen Positionen eine Rolle spielt.

Bei dem Thema „Flexibilität“ klang gerade wieder etwas an, womit ich aufräumen möchte. Aus den Mitteln für das Bestandspersonal, das sich jeden Tag um die Kinderbetreuung und -bildung kümmert, soll keine Randzeitenbetreuung finanziert und organisiert werden. Dazu gibt es zusätzliches Geld – aufwachsend bis 100 Millionen Euro –, wovon 20 % die Kommunen übernehmen. Den Rest übernimmt das Land.

Dann gibt es vor Ort eine Bedarfsplanung. Es wird nicht durch die Kita oder eine Elternvertretung allein entschieden, dass man bis 21 Uhr öffnet, sondern eine örtliche Bedarfsplanung legt mit den Kitas gemeinsam fest, ob bis 17 Uhr, 18 Uhr oder 19 Uhr geöffnet wird. Das muss dann durch den Jugendhilfeausschuss bestätigt werden, dann müssen Mittel beantragt werden, und die Kommune muss bereit sein, einen eigenen Anteil aufzubringen. Dann kann man darüber sprechen.

Natürlich findet in einer Randzeitenbetreuung wie auch in der OGS und in anderen Einrichtungen nicht immer Bildung in der letzten Instanz statt, sondern auch Betreuung. Manchmal geht es eben nur um eine halbe Stunde, die man benötigt, um das Kind abzuholen, weil der Arbeitsweg so lang ist oder man im Stau steht. Dafür brauchen wir qualifiziertes Personal. So haben wir es in den Änderungsantrag und in das Gesetz geschrieben.

Ich will der SPD aber auch empfehlen, sich intern klar zu verabreden. Ich habe die Pressemitteilung vom 21. Oktober gelesen, in der die SPD empfiehlt, dass die Wirtschaft sich mehr nach den Familien richten muss. Einerseits sind wir auch da ganz nah beieinander: Natürlich muss sich die Arbeitszeit verändern – was im Übrigen bereits geschieht. Aber das kann man nicht in jeder Branche machen. Der CNC-Dreher hat nun einmal gewisse Arbeitszeiten, und in der Aluminiumverarbeitung gibt es auch gewisse Arbeitszeiten. Gleiches gilt für die Krankenhäuser. Da muss man eine Randzeitenbetreuung organisieren, damit Armutsgefälle und Verdienstausfälle nicht zum Tragen kommen und eine Betreuung sichergestellt ist. Ich denke, da sind wir uns einig.

Aber natürlich werden sich auch die Kitas bewegen müssen. Das haben Sie selber in Ihrer Pressemitteilung so beschrieben. Nichts anderes tun wir jetzt. Es ist ein Einstieg, um es vernünftig und entspannt auf den Weg zu bringen – aufwachsend. Ich bitte,

dazu nicht das Märchen zu erzählen, dass in Zukunft jede Kita landesweit bis 21 Uhr geöffnet haben müsste – und das noch aus dem Personalbestand heraus.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das hat doch keiner gesagt!)

– Es ist bei verschiedenen Debatten so durchgeklungen, und gerade hieß es auch schon wieder, es müsste quasi aus dem Personalbestand organisiert werden. Damit hat es nichts zu tun; das sind zwei verschiedene Dinge.

(Frank Müller [SPD]: Ich habe einen anderen Punkt beschrieben!)

– Selbst wenn wir uns missverstanden haben sollten, ist es wichtig, es noch mal klarzustellen, um deutlich zu machen, dass für die Kernzeiten und das, was die Kita im Moment leistet, 750 Millionen Euro bereitgestellt werden, um Auskömmlichkeit zu organisieren. Das, was wir an Randzeitenbetreuung machen, wird zusätzlich aufwachsend mit 100 Millionen Euro finanziert. Im Übrigen muss eine Bedarfsanalyse vor Ort gemacht werden. Das ist ein seriöses Vorgehen.

Ich habe das Parlament bisher immer so verstanden, dass wir uns einig darüber sind, dass Kitas flexibler werden und auch in den Randzeiten etwas mehr Angebote bieten müssen. Es war mir wichtig, das klarzustellen, damit nicht irgendetwas im Raum bleibt, was in dieser Form nicht im Gesetz steht und auch nicht beabsichtigt ist.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Ich möchte darauf hinweisen, dass wir aufpassen müssen, dass wir uns nicht im Kreise drehen. Ich habe jetzt noch einige Wortmeldungen auf der Liste und bitte darum, zu überprüfen, ob das, was gesagt werden soll, nicht schon gesagt worden ist, damit es noch einen Fortschritt in der Erkenntnislage gibt.

Jens Kamieth (CDU): Herr Vorsitzender, Sie wissen, dass diese Bitte bei mir auf fruchtbaren Boden fällt. Aber man kann eben nicht einfach alles so stehen lassen.

Ich möchte betonen: Der getroffene Hund bellt. Wenn uns seitens des Kollegen Dr. Maelzer Geschichtsklitterung vorgeworfen wird, dann ist das faktisch und nachweisbar falsch.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Haben Sie das Protokoll gelesen?)

Ich empfehle, sich den E-Mail-Verkehr der Referenten anzusehen. Es ist genau so, wie Marcel Hafke gesagt hat: Das Tableau der Sachverständigen wurde einvernehmlich festgelegt. Es ist nicht so, dass wir irgendetwas aufgedrängt hätten. Das würden Sie doch auch nicht mit sich machen lassen. – Ich bitte Sie!

Dann komme ich zu Frank Müller. Du hast dich ja gerade zwischen den Zeilen als Trägervertreter geoutet, wenn ich das so sagen darf.

(Frank Müller [SPD]: Da muss ich mich nicht outen! Es steht offen in meiner Landtagsbiografie, dass ich auch einen Träger vertrete!)

– Okay, falsche Formulierung. Du bekennst dich hier also als Trägervertreter.

Vielleicht lag es daran, dass die Ausführungen zur Tagespflege teilweise falsch und auch nicht von großer Wertschätzung geprägt waren. Vielleicht schaust du es dir im Protokoll noch mal an.

Du sprachst im Hinblick auf die Erweiterung der Betreuungsverträge davon, die Träger seien Sturm gelaufen. In dem Bereich gibt es aber gar keine Träger. Tagespflegepersonen sind ganz überwiegend selbstständig unterwegs. Und dazu, dass das nun der Zusammenbruch der Qualität gerade im U3-Bereich sein soll, in dem die Tagespflege vor allen Dingen tätig ist, habe ich – von dem einen Verband abgesehen – keine so gravierenden Hinweise bekommen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Nur der eine Landesverband!)

Auf der anderen Seite ist von dir natürlich auch die Frage gestellt worden, was das KiBiz überhaupt an Qualitätsverbesserung bringt. Deswegen muss ich es kursorisch ansprechen, Herr Vorsitzender. Die Beteiligten – Elternvertreter, Erzieherinnen – bringen zum Teil Aspekte vor, die sich diametral entgegenstehen und nur schwer miteinander in Einklang zu bringen sind. Es war eine Kärrnerarbeit, die hier geleistet worden ist, aber letztendlich führt das für jeden zu erheblichen Verbesserungen.

Das gilt beispielsweise für die Kinder, die definitiv bessere Bildung und Betreuung bekommen, weil wir es schaffen, dass dauerhaft mehr Erziehung und Bildung in den Kitas stattfinden kann. Wir ermöglichen, dass die Kitas sich durch multiprofessionelle Teams breiter aufstellen können. Wir haben die alltagsintegrierte Sprachförderungen besonders betont und finanziell stärker hinterlegt. Und ein Punkt, der in Diskussionen zum Teil vergessen wird, der aber vielen Eltern unter den Nägeln brannte, ist die Betreuungslücke zwischen Kita und Schule. Auch das haben wir mit einem Rechtsanspruch hinterlegt. Und natürlich gibt es auch für die Eltern erhebliche Vorteile. Marcel Hafke hat bereits auf die flexibleren Öffnungszeiten hingewiesen, die wir mit zusätzlichem Geld ermöglichen. Hinzu kommt das beitragsfreie Kinderjahr.

Ganz wichtig ist natürlich, dass auch die Erzieherinnen und Erzieher merken, dass sie etwas davon haben. Wir werden insbesondere durch unsere Fachkräfteoffensive und durch das viele Geld, das wir hinterlegen, zu einer deutlichen Verbesserung bei den Betreuungsschlüsseln kommen. Die Fachkraft-Kind-Relation wird sich erheblich verbessern; das Geld dafür ist da. Wir tun alles dafür, dass tatsächlich Fachkräfte ausgebildet bzw. für den Beruf zurückgewonnen werden. Das führt zu einer erheblichen Qualitätsverbesserung.

Dazu zählt natürlich auch, dass wir endlich die Vor- und Nachbereitungszeiten der Erzieherinnen und Erzieher anerkennen und finanzieren, dass wir erstmals eine Leitungsfreistellung im Gesetz festschreiben, dass wir die Fachberatung deutlich aufwerten und, und, und.

Tagespflegepersonen profitieren ebenfalls. – Dazu habe ich vorhin schon etwas gesagt. Auch die Jugendämter bekommen etwa um 30 % erhöhte Zuweisungen. Angesprochen habe ich auch schon die mittelbare Bildung, und last but not least bekommen die Träger mehr Sicherheit, indem wir tatsächlich das Personal auskömmlich finanzieren – und zwar dynamisiert und deshalb auch nachhaltig auskömmlich; das haben die Sachverständigen bestätigt. Und wir geben eine finanziell hinterlegte Ausbaugarantie.

Wenn Sie nun sagen, dass das alles für niemanden etwas bringt, dann ist das aus unserer Überzeugung schlichtweg falsch.

Ich freue mich auch auf die Evaluation, die wir wieder ins Gesetz geschrieben haben, und wir kämpfen dafür, dass wir es sind, die diese Evaluation – beginnend mit dem kommenden Jahr, aber auch über 2022 hinaus – ausführen dürfen. Deswegen sind wir hier.

Josefine Paul (GRÜNE): Ich finde ganz interessant, was der Kollege Kamieth gerade gesagt hat. Die Frage der Trägersicherheit ist nämlich eben nicht geklärt; denn die Pauschalen samt ihrer jährlichen Schwankung bleiben erhalten. Es ist richtig, dass die Indexierung eine Verbesserung darstellt. Das haben wir auch nie bestritten. Aber die damit verknüpfte Frage der Planungssicherheit betrifft doch schwankende Buchungszahlen, unterschiedliche Gruppengrößen usw. All das bleibt erhalten.

Offensichtlich habe ich auch in einer gänzlich anderen Anhörung gesessen. Denn in der Anhörung, in der ich war, wurde nicht flächendeckend „Hurra“ geschrien – alles sei geklärt. Zwar konnte die Lücke bei der Finanzierung des Personals geschlossen werden, das betrifft aber eben nur die Lücke. Planungssicherheit wurde nicht gegeben, und qualitativer Zuwachs steht arg infrage.

Ich finde es auch einigermaßen erstaunlich, dass Sie sagten, es handele sich nur um diesen einen Landesverband. Es geht immerhin um den Landesverband Kindertagespflege, und in Ihrem ersten Wortbeitrag haben Sie gesagt, dass das derjenige Landesverband ist, der besonders auf Qualität achtet.

Ich finde es begrüßenswert, dass dieser Landesverband besonders auf Qualität achtet. Dass Sie dann aber gerade bei diesem Verband sagen, seine Meinung sei nicht so ausschlaggebend, lässt, wie ich finde, tief blicken, wenn es darum geht, wie Sie die qualitative Weiterentwicklung der Kindertagespflege begreifen. Ich vermute, Sie haben es nicht ganz so gemeint, wie es sich jetzt angehört hat, ich finde aber schon, dass man die Bedenken zur Qualität, wenn sie aus der Landschaft kommen, in der die Arbeit täglich verrichtet wird, ernst nehmen und ihnen Rechnung tragen muss.

Damit bin ich bei einem anderen Punkt: Für wen ist das Gesetz eigentlich? – Sie haben sehr deutlich gemacht: Dieses Gesetz ist offensichtlich weder für die Kinder noch für das pädagogische Fachpersonal gemacht. Vieles fokussiert sich darauf, wie man es den anderen Gruppen möglichst recht machen kann; wie man es möglichst den Eltern und der Wirtschaft recht machen kann. Über allem steht das Stichwort „Vereinbarkeit“, und das ist meiner Meinung nach der falsche Ansatz.

Dann komme ich zum Aspekt der gesunden Ernährung. Den muss man aufnehmen, und es ist richtig, dass gesunde Ernährung ein ganz zentraler Bestandteil der frühkindlichen Bildung ist. Aber, Herr Kollege Hafke, man muss es dann aus meiner Sicht schon mit finanziellen Mitteln hinterlegen. Da spielen auch bauliche Anforderungen eine Rolle, die in vielen Kitas nicht erfüllt sind. Und es ist auch eine Frage der personellen Ausstattung bzw. der personellen Entlastung. Wir haben nicht zuletzt am letzten Freitag beim Paritätischen darüber gesprochen, dass Hauswirtschaftskräfte und Verwaltungskräfte zu einer personellen Entlastung beitragen können. Sie können zwar

nicht die Lösung, aber ein Baustein beim Umgang mit der Herausforderung des Fachkräftemangels sein.

Mir drängt sich wirklich die Frage auf, ob hier nicht so ein bisschen etwas in die Änderungsanträge geschrieben wurde, was nice to have wäre und wozu wir uns im Grundsatz einig sind, dann aber vergessen wurde, es konkret mit dem Notwendigen zu hinterlegen.

Ich will als Frauenpolitikerin noch deutlich sagen: Natürlich ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung, aber diese Vereinbarkeit ist eben keine Einbahnstraße. Und sie darf nicht zulasten der Kinder und zulasten des pädagogischen Personals durchgedrückt werden. Diesen Anspruch verfehlt dieses Gesetz meiner Ansicht nach eindeutig.

Frank Müller (SPD): Ich würde gerne noch einmal auf Herrn Kamieth eingehen. Mir geht es um die Frage der Öffnungszeiten und der Flexibilisierung. Die beiden Kollegen von CDU und FDP und insbesondere der Kollege Kamieth stellen es als ganz harmlos dar, was wir an Bedrohungsszenarien ausmalen. Als wäre es aus der Luft gegriffen. Denn so sei das alles doch gar nicht gemeint.

Da hilft Lesen. Es hilft das Lesen des Gesetzestextes, es hilft das Lesen der Änderungsanträge, und es hilft, wenn man auch den Begründungsteil Ihres Änderungsantrags liest; denn da wird es noch einmal wiederholt. Binden Sie doch bitte den Mitarbeitenden und den Trägern im System nicht den Bären auf, als wäre damit nicht gemeint, es müsse mit dem bestehenden Personalkörper geregelt werden. Denn nichts anderes kann darunter zu verstehen sein, wenn Sie in § 27 schreiben:

> „… soll auch ein regelmäßiger Bedarf an unterschiedlich langen Betreuungszeiten je Wochentag erfüllt werden.“

Das bedeutet: eine Verteilung unterschiedlicher Betreuungszeiten je Wochentag. Sie wiederholen das im Begründungstext des Änderungsantrags:

> „… insbesondere auch im Hinblick auf die regelmäßig unterschiedliche Verteilung auf die verschiedenen Wochentage …“

Sie schränken es also mit Blick auf die personellen Möglichkeiten vor Ort ein. Genau das regeln Sie ja nicht mit den Menschen, mit denen Sie die Randzeitenbetreuung machen wollen.

Ich bitte Sie, dass wir fachlich zwei Dinge ernsthaft voneinander trennen: Eine Flexibilisierung ist nicht dasselbe wie die Ausweitung der Öffnungszeiten. Sie werfen es aber gerne in einen Topf. „Flexibilisierung“ ist das, was die Regierung im Gesetzentwurf schreibt und was Sie im Änderungsantrag wiederholen: unterschiedliche Betreuungszeiten pro Tag. Es meint eben nicht einfach eine längere Öffnungszeit zum Abend hin.

Ich verstehe Ihr Ansinnen, was die spätere Öffnungszeit angeht – da bin ich durchaus bei Ihnen –: Es müssen dann nicht noch die Mitarbeitenden da sein, die schon früh am Morgen da waren. Darüber können wir uns doch unterhalten, und darüber können Sie sicherlich auch mit allen Erzieherinnen und Erziehern und mit allen Trägern sprechen. Man kann sicherlich darüber sprechen, wie man diese Randzeitenbetreuung und die Erweiterung von Öffnungszeiten sicherstellen kann.

Aber das, was Sie behaupten, stimmt ja nicht, wenn Sie Ihren eigenen Änderungsantrag und den Gesetzentwurf danebenlegen. Sie wollen, dass die Flexibilisierung innerhalb der Öffnungszeiten passiert, und das können Sie doch nur mit dem vorhandenen Personal machen.

Sie können dann nicht sagen, dass andere Professionen in die Kita kommen. Das hat nichts mit mangelnder Wertschätzung zu tun, sondern es hat etwas damit zu tun, dass man Tagespflegepersonen nicht einfach so einsetzen kann. Mit diesen immer noch sehr knapp bemessenen Pauschalen kann man sie auch nicht über den Durst einstellen. Dann muss man es eben mit dem bestehenden Personalkörpern regeln.

Ich bitte Sie, uns nicht zu unterstellen, wir würden da etwas behaupten, was nicht stimmt. Wenn man des Lesens mächtig ist, dann kommt man dahinter, dass der Punkt so, wie ich ihn erläutert habe, tatsächlich stimmt. Vielleicht sollten Sie es selbst noch einmal lesen, Herr Kamieth, und dann sollten Sie vielleicht noch einmal Ihren Änderungsantrag überdenken und diesen Punkt per Antrag herausnehmen. Das wäre nur konsequent.

Man muss es im laufenden Betrieb machen. Und dazu hat beispielsweise der Jugendamtsleiter aus Bonn in der Anhörung sehr deutlich gemacht, dass es so nicht kommen wird. Er weiß, dass das nicht geht. Es funktioniert schlichtweg nicht, weil es mit der Anzahl der Menschen, die im System sind, zu völliger Überforderung führen würde.

Deswegen ist richtig, was Frau Paul sagte: Man muss sich fragen, für wen das Gesetz gemacht ist bzw. für wen es insbesondere nicht gemacht ist und an wen man zuletzt gedacht hat. Das ist der eigentliche Punkt, der mich wirklich umtreibt. Das hat dann nichts mit der unterstellten mangelnden Wertschätzung zu tun, sondern einfach mit der fachlichen Realität vor Ort.

Natürlich bin ich schuldig im Sinne der Anklage, dass ich mir vollhaftend 25 Kitas ans Bein gebunden habe und täglich sehe, was das Ganze mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern macht und was es auch in den letzten Jahren mit ihnen gemacht hat. Da nehme ich uns selbst gar nicht aus; das muss ich in der Rückschau auch ganz offen sagen. Aber die Menschen haben doch die Nase voll davon, dass es immer nur in kleinen Trippelschritten weitergeht.

Natürlich gibt es Verbesserungen. Es widerspricht doch niemand, dass es Verbesserungen in diesem Gesetz gibt.

(Minister Dr. Joachim Stamp [MKFFI]: Doch!)

– Selbst mein Kollege Maelzer widerspricht nicht, dass es Verbesserungen in diesem Gesetz gibt. Aber wir sind doch auch nicht Ihrer Majestät Opposition, die dafür da ist, uns in Lobhudelei zu ergehen, sondern wir müssen auch die Fragen ansprechen, die in den letzten Jahren nicht geklärt worden sind. Das ist doch der Punkt.

Natürlich gibt es Verbesserungen. Das erkennen alle an, und darüber kann man auch sprechen. Aber es ist eben nicht der große Wurf. Der große Wurf wäre, endlich das Problem anzugehen, das seit Jahren im Raum steht. Aber bei Flexibilisierung und Erweiterung der Öffnungszeiten zeigt sich: Im System von Buchungszeiten und Pauschalen geht das einfach nicht. Man kommt an Grenzen. – Und dann ist es eben wieder ein Herumdoktern gewesen.

Herr Kamieth, insofern können Sie mir noch einmal erwidern, ich hätte etwas behauptet, was so nicht gemeint ist, aber leider steht es genau so im Gesetzentwurf, und leider steht es genau so im Änderungsantrag.

Jens Kamieth (CDU): Frau Paul hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass man offensichtlich jedes Mal alles sagen muss. Ich habe in meinem ersten Beitrag zur Tagespflege gesagt, dass wir natürlich ernst nehmen, was der Landesverband Tagespflege sagt, dass wir dem aber auch etwas entgegenhalten können. Exemplarisch habe ich die eine Stunde mittelbare Bildung angeführt, die pro Woche pro Kind mehr zur Verfügung steht.

Wir nehmen die Hinweise des Landesverbands Tagespflege sehr ernst. Das wollte ich mit dem zweiten Wortbeitrag nicht abräumen, ich habe nur nicht alles erneut ausgeführt. Deshalb will ich Ihren Hinweis noch einmal dazu nutzen.

Die eine Stunde mittelbare Bildung habe ich schon erwähnt. Wir verstärken natürlich auch die Fachberatung für die Tagespflege. Und wir begrüßen es sehr, dass wir eine Mindestqualifizierung für Tagespflege haben und fünf Stunden Fortbildung pro Jahr vorsehen. Das ist im Gesetzentwurf genau richtig, und dazu stehen wir auch.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ist doch alles gut!)

– Dann greife es doch bitte nicht so heraus, wie du es eben getan hast. Dann kommen wir in der Diskussion nicht weiter.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ich habe einen konkreten Punkt kritisiert! Nur einen!)

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Herr Müller, niemand erwartet von Ihnen die Hofopposition – ganz im Gegenteil. Wir schätzen es, dass es zwischen Regierung und Opposition einen Wettstreit der Ideen gibt, und das gehört auch dazu. Die Auseinandersetzungen müssen rustikal geführt werden. Alles andere wäre diesem Parlament auch unwürdig.

Ich muss an dieser Stelle positiv hervorheben, dass Sie zumindest klargestellt haben, dass es Verbesserungen gibt. Ihr Kollege Dr. Maelzer hat in seinem Beitrag gesagt, es gäbe nur Verbesserungen durch das, was Frau Giffey beisteuert; alles andere sei eine Verschlechterung. Das hat er mehr oder weniger wörtlich gesagt, und Sie haben es nun glattgezogen.

(Frank Müller [SPD]: Das ist aber auch ein bisschen Dialektik jetzt!)

Ich denke, das ist dann auch gut so. Bei den unterschiedlichen Bewertungen dessen, was man hätte machen können oder wollen, muss man sich rustikal streiten. Das ist in Ordnung. Aber wir müssen ja trotzdem die Fakten etwas im Blick haben.

Frau Paul, Sie haben etwas angesprochen, was ich gerne klarstellen möchte. Wenn Sie sich meine Verlautbarungen ansehen, dann ist quasi immer der erste Satz von mir: „Gemeinsam mit den Kommunen und dem Bund machen wir …“. Das ist auf der einen Seite eine Stilfrage, weil ich mich gar nicht mit fremden Federn schmücken will. Wenn

ich etwas nicht alleine mache, dann nenne ich die Partner. Es hat auf der anderen Seite aber auch etwas damit zu tun, dass ich auch noch ein bisschen länger erfolgreich mit den Partnern zusammenarbeiten will. Wenn ich nun die Leistung der Kommunen immer beiseiteschieben würde, würde mir das die Verhandlungen bei anderen Themen nicht leichter machen.

Aktuell führe ich – das betrifft den Integrationsausschuss – Gespräche zur Reform des Flüchtlingsaufnahmegesetzes. Auch da geht es um Dinge, die man in einer von unterschiedlichen Interessen geprägten Situation fair und anständig miteinander verhandeln muss, und ich habe großes Interesse daran, dass wir das mit den Kommunen genauso verständig besprechen, wie wir es hier tun.

Sie haben zudem die Frage gestellt, warum ich gegenüber der „Rheinischen Post“ geäußert habe, ich sei potenziell zu Nachbesserungen bereit, nun aber bestimmte Dinge nicht vornehme. – Das hat etwas damit zu tun, dass ich von dem, was wir jetzt vorlegen, überzeugt bin.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das beruhigt mich! – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Mich überhaupt nicht!)

Wir haben viele Dinge abgewogen, und wir haben auch festgestellt, dass das, was an Kritik unmittelbar geäußert worden ist, als ich die Eckpunkte des Pakts für Kinder und Familien genannt habe, mit Vorliegen des Gesetzentwurfes sukzessive weniger wurde.

Nach wie vor ist es außerdem so, dass viele, mit denen wir sprechen, über bestimmte Aspekte gar nicht informiert sind. Das gilt beispielsweise dafür, dass wir im Rahmen der Platzausbaugarantie 25 % für Plätze zur Verfügung stellen, die sonst wegfallen würden, weil Einrichtungen marode sind. Das heißt, auch für die Renovierung und die Grundsanierung von Plätzen gibt es Mittel. Ich habe beispielsweise bei Gesprächen mit der katholischen Kirche festgestellt, dass das gar nicht bekannt war. Dasselbe gilt für andere Teile des Gesetzentwurfs, die vielen Akteuren, die sich zum Teil sehr rustikal öffentlich geäußert haben, gar nicht bewusst waren.

Herr Müller, Sie haben angesprochen, dass es nicht der große Wurf sei. Wir sind natürlich in der Situation – das habe ich immer wieder gesagt –, dass es in diesem Themenfeld unglaublich unterschiedliche Interessen gibt. Das ist ganz normal. Wenn es darum geht, bei einer solchen Herausforderung die unterschiedlichen Interessen in der Waage zu halten, habe ich schon ganz zu Beginn gesagt: Wenn am Ende alle sagen, die Reform sei ganz okay, dann ist das eigentlich schon der große Wurf. Ich bin deshalb sehr guter Dinge, dass wir es hinbekommen.

Auf der anderen Seite sage ich aber auch – und das ist es, was ich gegenüber der „Rheinischen Post“ formuliert habe –: Wenn es wider Erwarten Nachsteuerungsbedarf gibt, bin ich der Letzte, der an allem, was gewesen ist, dogmatisch festhält.

Es wird immer wieder gesagt, die Träger blieben außen vor. Fakt ist aber: Wir haben Gespräche mit den Trägern geführt, und wir haben Gespräche mit dem Beirat geführt. Das können wir auch dokumentieren; das ist aber gar nicht der Punkt. Der Punkt ist:

Das KiBiz wurde damals von allen Beteiligten inklusive der Träger unterschrieben. Hätten wir einen umfassenden Systemwechsel vorgenommen, ist natürlich völlig klar, dass auch die Träger erneut unterschreiben müssten.

Wir haben unterschrieben, wer die Lücke, die seit der Vertragsunterzeichnung durch die immer wieder vorgetragene Personalkostenentwicklung entstanden ist, trägt, und wir haben bewusst gesagt, dass wir an diesen Kosten weder die Eltern noch die Träger beteiligen, sondern das wir es zur Hälfte zwischen Land und Kommunen regeln. Das war eine Vereinbarung, von der, wenn wir ehrlich sind, die wenigsten hier im Raum geglaubt hätten, dass ich sie überhaupt hinbekommen könnte. Und ich weiß auch, dass das einer der Gründe ist, warum dieses Thema, vorsichtig gesagt, so lange nicht angegangen worden ist.

Der Ausschuss stimmt folgenden durch Jens Kamieth (CDU) im Namen der Fraktionen von CDU und FDP beantragten redaktionellen Änderungen des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu:

1. Zu Beginn des Gesetzentwurfs wird die Überschrift „Artikel 1“ ergänzt,
2. in § 45 Abs. 1 Satz 5 wird unter dem ersten Aufzählungspunkt die Formulierung „zum Stichtag 1“ entfernt,
3. in § 45 Abs. 1 Satz 5 wird unter dem zweiten Aufzählungspunkt die Formulierung „zum Stichtag 1“ zwischen den Wörtern „Sozialgesetzbuch“ und „März“ eingefügt.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/7922 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD ab.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/7923 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf Drucksache 17/6726 in der entsprechend den vorherigen Abstimmungsergebnissen geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.